

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend,
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 14. März 1896.

№ 31.

An sämtliche Buchdruckergehilfen Deutschlands!

Werte Kollegen!

Gestern am Mittwoch dem 11. März von vormittags 10 bis abends $\frac{3}{4}$ 11 Uhr haben die Unterzeichneten als Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker mit dem Vorstand und Tarifausschusse des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Anträge der Gehilfen auf Tarifrevision verhandelt. Aus diesen dreizehnstündigen Unterhandlungen ging die untenstehende Resolution hervor, als das äußerste Zugeständnis der Prinzipalvertreter. Alle weiteren im Sinne der Gehilfenschaft gestellten und mit eiserner Zähigkeit verfolgten Anträge der Gehilfenvertreter, die darauf abzielten, jetzt schon bindende Zusicherungen zu erhalten, fanden keine Annahme.

Nachdem die Unterzeichneten bis zur letzten Minute ihre ganze Kraft aufgeboden hatten, um soviel als möglich durchzusetzen (die vorliegende Resolution ist das Produkt vieler von ihnen aus einer Vorlage geforderter Streichungen usw.), erklärten sie am Ende der Auseinandersetzungen, daß sie von dem Ergebnis nicht befriedigt seien und namentlich bedauerten, daß einem schnelleren Eintritt in die Tarifberatung nicht zugestimmt worden sei. Seitens der Prinzipalvertreter wurde hierauf erklärt, daß unbedingt, sofern ein dauernder, friedlicher Zustand im Gewerbe herbeigeführt werden solle, die nötige Zeit gewährt werden müsse, damit beide Teile ihre Anträge zu stellen in der Lage seien; sofort direkte Zustimmungen hinsichtlich der Bewilligung irgend welcher Forderungen zu machen, seien sie außer Stande, da ihnen jedes Mandat dazu fehle.

Zugesichert wurde seitens der Prinzipalvertretung, in ihren Kreisen bereits jetzt für die Forderungen der Gehilfen wirken zu wollen, ebenso den zu vereinbarenden Tarif für den Deutschen Buchdrucker-Verein zur Obligatorisierung zu empfehlen. Hierdurch, wie durch beiderseitiges Zusammenwirken erwarde man eine allseitige Durchführung des Tarifs, wie auch eine Beseitigung des jetzigen, als abänderungsbedürftig anzuerkennenden Zustandes. Eine Ueberstürzung der Tarifberatung würde der beiderseitigen Absicht, dauernden Frieden zu schaffen, hinderlich sein. — Das wiederum von den Prinzipalen mit Nachdruck erhobene Verlangen, den Tarif mit gesonderten Vertretern von Verbands- und Nichtverbandsgehilfen zu vereinbaren, wurde fallen gelassen, jedoch sollen zwei Nichtverbandsmitglieder ohne Stimmrecht an den Beratungen teilnehmen.

Wir müssen es nunmehr den Kollegen anheimstellen, das Resultat der Verhandlungen der Tarifkommission abzuwarten.

Leipzig, den 12. März 1896.

E. Döblin. G. Eißler. A. Galt. A. Massini. D. Riedel.

Resolution:

Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärt sich bereit, dem Antrage der Gehilfenschaft auf Zusammentritt beiderseitiger Tarifvertreter zu entsprechen und werden zu den vorzunehmenden Wahlen, Beratungen und Beschlußfassungen mit den Gehilfenvertretern die folgenden Termine vereinbart:

1. Die erforderlichen Gehilfenvertreterwahlen werden durch das Einigungsamt des Gewerbegerichtes der Stadt Leipzig ausgeschrieben und sind durch Urwahlen bis zum 25. März zu erledigen;
2. Anträge für den Tarifausschuß sind bis zum 8. April bei dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes zu Leipzig einzureichen und hat die Veröffentlichung in der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und im Correspondenten durch die in Leipzig anässigen Prinzipals- bzw. Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses zu erfolgen;
3. am 15. April tritt der Tarifausschuß der Prinzipale mit den gewählten Tarifvertretern unter Zulassung von je zwei Vorstandsmitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und zwei Nichtverbandsgehilfen, letztere sechs mit beratender Stimme, zu Verhandlungen in Leipzig zusammen;
4. der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärt, den vereinbarten Tarif der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins zur Annahme zu unterbreiten und soll der Tarif spätestens am 15. Mai d. J. in Kraft treten.

Die anwesenden Prinzipalvertreter erklären für sich persönlich, in ihren Kreisen für eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit und eine Aufbesserung der Grundpositionen des Tarifs wirken zu wollen. Auch erklären sie sich bereit, die Prinzipalität von diesen Beschlüssen sofort in Kenntnis zu setzen und an dieselbe eindringlich das Ersuchen zu richten, den gegenwärtigen Zustand bis zum Abschluß der Verhandlungen als Friedenszustand zu betrachten und keinerlei Maßregelungen an den Personalen vorzunehmen. Andererseits erklären die Gehilfenvertreter, dafür sorgen zu wollen, daß bis zu dem oben erwähnten Schlußtermin Ausstände oder sonstige gewaltsame Auseinandersetzungen nicht stattfinden.

Stellungnahme der Leipziger Kollegen zu den Unterhandlungen vom 11. März.

Die am 12. März um 8 Uhr abends im Kristallpalaste beginnende Versammlung der Leipziger Buchdruckergehilfen übertraf betrefis des Besuches noch um ein weiteres die letzte. An der Thüre wurde das Extrablatt des Correspondenten verteilt. Eine würdige Ruhe lag vor Beginn und während des Referates auf der Versammlung.

Kollege Riedel führte ungefähr aus: Wir erhielten von der Versammlung den Auftrag, mit den Prinzipalen Verhandlungen anzuknüpfen. Diese Verhandlungen haben am 11. März stattgefunden. Sie können sich versichert halten, daß die Beauftragten der Gehilfen mit voller Energie versucht haben, die Forderungen der Gehilfenschaft durchzusetzen. Wir haben in dreizehnstündiger harter Arbeit, nach Bewältigung vieler Schwierigkeiten, die insbesondere durch das Statut des Deutschen Buchdrucker-Vereins und durch die Einwendungen der Prinzipale, daß sie kein Mandat zu festen Zusicherungen besäßen, sich entgegenstellen, das eine greifbare Resultat errungen, welches in der im Extrablatt des Correspondenten enthaltenen Resolution enthalten ist. Redner fährt an, daß die Verhandlungen mehrere Male am Scheitern waren. Wir konnten die große Verantwortung des Scheiterns der

Verhandlungen nicht übernehmen, ohne alles versucht zu haben, eine Einigung herbeizuführen. Die Prinzipale erklärten auf das Bestimmteste, nicht weiter gehen zu können als wie die zustande gebrachte Resolution lautet. Wenn die Gehilfen darauf nicht eingehen würden, so müßten sie beiden Teilen überlassen, vorzugeben, wie sie es für gut hielten. Da mußten wir befürchten, daß eine fernere Weigerung nur zu schweren Folgen führen würde. Zu einer Kriegserklärung hatten die Gehilfenvertreter jedoch keine Mandate, diese konnte nur die Allgemeinheit geben. Redner geht nun auf die Einzelheiten der Resolution ein und hält denjenigen, die an Prinzipalvertretungen nicht glauben, entgegen, daß nach solchen Zusagen Treu und Glauben auf ewige Zeiten schwinden müßten, wenn die Prinzipale diesmal nicht Wort hielten. Redner bittet zum Schluß, objektiv zu prüfen und zu beherzigen, daß ein magerer Vergleich besser ist, als ein fester Krieg.

Tanneberger: Will jetzt nicht mehr in den Kampf eintreten, wir dürfen uns aber bei den Verhandlungen nicht die Hände binden.

Seidel: Der Verhandlungsweg müsse für die Zukunft, wie auch der Korredier sagte, unbedingt vermieden werden. Will der Resolution vorläufig zustimmen, weil die Prinzipale in der öffentlichen Meinung sagen würden, wir gäben ihnen keine Zeit, sich mit ihren Kol-

legen zu verständigen. Die Einigkeit und das Vertrauen unter den Gehilfen müsse wach bleiben.

Kunath bittet, die Resolution nicht zu unterstützen. (Bravo.) Sie führt nur auf die alte Tarifgemeinschaft zurück, bei der nichts zu erhandeln. Bei Verhandlungen verhandeln wir alles. Wir kommen mit dem 15. Mai in die Sommerzeit hinein, wo wir auf der Landstraße verhandeln. (Allgemeine Zustimmung.)

Lischke: Tritt für die korrekte Handlungsweise unserer Vertreter ein.

Eger meint, wir wären auf den Weim gegangen. (Beifälliges Gelächter.)

Höbetborn: Die Verhandlungen haben ein negatives Resultat ergeben. Gegen die alte Tarifgemeinschaft und eine längere Kündigungsdauer des Tarifs müßte energisch Front gemacht werden. Fordert zum engen Zusammenschluß auf.

Köhler (tritt unter allgemeiner geräuschvoller Erwartung die Rednerbühne). Wenn Sie erwarten, daß ich heute den Gehilfenvertretern einen Vorwurf machen würde, so haben Sie sich getäuscht. Die Vorwürfe fallen heute auf die Gehilfenschaft, die auf die Verschiebung eingegangen ist. Heute wäre er nicht mehr für einen Kampf. Die vorgelegte Resolution müßte mit Hohngelächter verworfen werden. Mit ungeheuren Opfern haben wir die alte Tarifgemeinschaft begraben. Nicht der

Frieden, der energischer Krieg müßte unsre Antwort sein. Vorläufig bleibe es aber: Gewehr bei Fuß!

Kollege Kreßlin hat gegen die besondere Vertretung der Nichtverbändler mit beratender Stimme nichts einzumenden. Der Hauptwert der Resolution liege darin, daß ihre Ausführung in Händen einer unparteiischen öffentlichen Behörde, dem städtischen Einigungsamt, sich befinden. Redner bringt folgende Resolution ein: „Die heutige Allgemeine Versammlung nimmt die aus den Verhandlungen zwischen den Prinzipals- und Gehilfenvertretern hervorgegangene Resolution zur Kenntnis. Die Versammlung erwartet jedoch, daß bei den Tarifberatungen der Neunstundentag die Grundlage bildet.“

Nichtverbandsmitglied Meyer plädiert für kameradschaftliches Zusammenhalten.

Der anwesende Verbandsvorsitzende Kollege Döblin bemerkt in Bezug auf die gegen die Unterhändler geführten Seitenhiebe, die Versammelten sollten nur einmal 13 Stunden mit den Prinzipalen verhandeln, sie würden dann besser urteilen. Unser bisheriges Vorgehen habe manche Erfolge gebracht. Ueber 1000 neue Mitglieder seien dem Verbands angefügt, der Gutenbergsbund in Auflösung. Auch die Absicht, dem Verband eine Anerkennung bei den Prinzipalen zu verschaffen, sei geglückt. Das Einigungsamt, eine den Arbeitgebern unliebsame Institution, sei zur Hilfestellung anerkannt. Redner fordert den Gegnern gegenüber zur Einigkeit auf. (Großer Beifall.)

Resolution Kreßlins wird fast einstimmig angenommen. Sodann schlägt Kollege Kiesel die sofortige Wahl eines Tarifvertreters und eines Stellvertreters für die nunmehr bevorstehenden Verhandlungen vor und es werden die früheren Vertreter, Kollegen Kiesel und Gash, dazu nominiert. Erst nach mehrmaliger warmer Befürwortung der Kandidaturen nahmen die beiden anfänglich ablehnenden Kollegen schließlich die einstimmig erfolgte Wahl an. Ferner beauftragte die Versammlung den Kollegen Gash, die betreffenden Schritte zur Anrufung des Einigungsamtes zu unternehmen.

Nach einer begeisterten Ansprache des Vorsitzenden Kiesel wird die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Verband um 10 Uhr geschlossen.

Korrespondenzen.

Berichte über die Stellungnahme zur Leipziger Resolution für Tarifänderung.

In **Eisenach** schloß sich eine, auch von Nichtvereinsmitgliedern gut besuchte Versammlung vom 8. März den Forderungen der Leipziger Kollegen einstimmig an. Das gleiche geschah in **Weißenfels**. Alle anwesenden Kollegen versprachen fest zu stehen, selbst wenn es zu einem Konflikt kommen sollte. Allgemein war der Wunsch, die hier herrschende Leertour durch einen zehnprozentigen Lohlaufschlag auszugleichen. Das gewählte Bureau wurde beauftragt, sofort nach den Verhandlungen mit den Prinzipalvertretern eine weitere Versammlung einzuberufen. In **Osthausen** a. M. tagte eine Buchdrucker- und Schriftsetzer-Versammlung. Dieselbe stellte sich auf den Standpunkt Frankfurt (neunständige Arbeitszeit und zehnprozentige Erhöhung der Grundpositionen) und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die Solidartät. Der ins Leben gerufenen Lohlaufschuß dürfte demnach auch die Hiesigen zum großen Teil betreffen. Die Bezirksversammlung in **Waldenburg** stellte sich voll und ganz auf den Boden der Leipziger Resolution und drückte die Erwartung aus, daß die Prinzipalvertreter der Forderung der Gehilfenschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit das weiteste Entgegenkommen zeigen, um der von Jahr zu Jahr immer größer werdenden Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Auch eine von 75 Kollegen, darunter 15 Nichtverbändlern, besuchte, in Steinwig tagende Versammlung des **Bezirks Reuthen** sprach sich entschieden für die Leipziger Resolution aus. Desgleichen eine wie noch nie besuchte Versammlung in **Hegnau**, in der Gauassessor Joelsch aus Wünnchen unter begeistertem Beifalle der Anwesenden referierte.

Reg. 9. März. Auch in unsrer alten Hofsfeste fängt es an lebendig zu werden. Am Samstag dem 7. d. M. fand hier selbst im Saale der Restauration zum alten Römer eine von fast sämtlichen Meyer Buchdruckergehilfen besuchte Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe Deutschlands und wie stellen wir uns hierzu“. Im Verlaufe der äußerst lebhaften Debatte erklärten sich sämtliche Redner mit den altdeutschen Kollegen solidarisch und es gelangte zum Schluß derselben nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme. „Die heute, am 7. März, im Alten Römer tagende zahlreich besuchte Versammlung der Buchdruckergehilfen von Reg. erklärt sich mit dem Vorgehen der Buchdruckergehilfen Deutschlands solidarisch. Sie fordert in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und Wohnungspreise die vollständige Einführung des seit 1892 bestehenden Tarifs mit einem Lohlaufschuß von 20 Proz. in allen Druckerereien und, um der vorherrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich neun Stunden. Der Vorstand wird beauftragt, diese bescheidenen Forderungen sofort zur Kenntnis der Herren Prinzipale zu bringen. Die Drucker-Vertrauensmänner haben bis zum 14. März Antwort von ihren Prinzipalen zu verlangen und dem Vorstände hierüber sofort Bericht zu erstatten. Die Versammlung hegt den Wunsch, daß die Verhandlungen der Herren Prinzipale mit den Gehilfen im beiderseitigen

Interesse eine friedliche Lösung finden werden; im Fall einer Ablehnung der friedlichen Verhandlungen mit den Gehilfen sind die letzteren fest entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die Forderungen einzutreten.“ Der gute Geist, welcher die heilige Kollegenchaft beherrscht, sowie die zahlreichen Ausnahmsregeln beweisen, daß es den Gehilfen ermit ist, ihren bescheidenen und gerechten Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Bielefeld. Bevor noch irgend welche Forderungen gehilfenseitig an die Prinzipale gestellt wurden, sind hier bereits in dem Geschäft von Bertelsmann-Gadberbaum und Gumbach Maßregelungen vorgenommen. Jeder Zugang ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Braunschweig. In der Sonntag den 23. Februar abgehaltenen sehr gut besuchten Generalversammlung des Bezirksvereins erstattete zunächst der Vorstand den Jahresbericht. Aus demselben sei hervorgehoben, daß zehn Versammlungen stattgefunden haben. In einer derselben wurde seitens der Vertrauensmänner über die tariflichen Verhältnisse der einzelnen Druckerereien Bericht erstattet, aus welchem hervorging, daß die Löhne, wenn auch keine guten, so doch einigermaßen zufriedenstellende sind, während die Zahl der Lehrlinge in den letzten Jahren bedenklich zugenommen hat, auch die Zahl der Ueberstunden übersteigt in einzelnen Geschäften das Maß des Erlaubten. Wegen zwei Druckerereien mußte wegen Lohnrückstände Front gemacht werden und zwar — dank dem einmütigen und energischen Vorgehen der dortigen Mitglieder — mit Erfolg. In einem dieser Geschäfte waren zu Pfingsten fünf Seger genötigt, die Arbeit niederzulegen, vier davon wurden nach § 2 unterstützt, einer reiste sofort ab. In Wolfenbüttel fanden zwei Berichterstattungen von der Generalversammlung wie vom Goutag im Laufe des Jahres zwei Mitgliederversammlungen statt; auch in Schöningen erstattete der Generalversammlungs-Delegierte Bericht. Der Versammlungsbesuch war durchweg ein schwacher. Die Zahl der Mitglieder wuchs beständig und hat namentlich im vierten Quartal infolge des stotzen Geschäftsganges eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht. Sind auch mehrere der vor Weihnachten eingestellten Kollegen schon wieder abgereist, so berechtigen doch die noch jetzt andauernden günstigen Arbeitsverhältnisse zu der Annahme, daß dem Bezirk ein dauernd höherer Mitgliederstand verbleiben wird als er in den letzten Jahren besaß. Leiber ist aber auch die Zahl der kranken Mitglieder in bedenklichem Maße gestiegen. — 2. Punkt: Jahresabrechnung: a) Allgemeine Kasse: Einnahme 12501,80, Ausgabe 6122,60, an den Gauassessor gesandt 6379,20 M. b) Bezirkskasse: Einnahmen: Kassenbestand am 31. Dezember 1894: 1560,26 M., an Beiträgen: 1796,40 M., an Zinsen 30,75 M., zusammen 3387,41 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1490,28 M. gegenüber, Kassenbestand am 31. Dezember 1895 1897,13 M. — Konditionslos waren 23 bezugsberechtigte Mitglieder zus. 453 Tage und 67 nichtbezugsberechtigte Mitglieder zusammen 2037 Tage, krank 87 Mitglieder 2035 Tage. Es kamen demnach bei rund 220 Mitgliedern auf jedes Mitglied im vergangenen Jahre 13 Tage Arbeitslosigkeit und 9 Krankentage. — An 313 bezugsberechtigte durchgehende Mitglieder (darunter 23 Ausländer) wurden im Jahr 1895 für 1496 Tage 1326,40 M. Unterstützung gezahlt; an 63 nichtbezugsberechtigte und Ausgehorete 75 M. — Vorstandswahl: Schwette, 1. Vorsitzender; Mad, 2. Vorsitzender; Kämms, Kassierer; Gerlach, Schriftführer; Reuter und Dache, Beisitzer; Göttsche, Wölbling und Barlich, Revisoren; Klein, Reife, Eißendorff, Bismumel, Bibliothekare. — Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: Obligatorische Einführung des Correspondenten entspann sich eine längere Debatte. Es wurde beschlossen, die Frage des Obligatoriums einer Urabstimmung zu unterbreiten. — Im Anschluß an diese Versammlung fand die Generalversammlung der Bezirks-Krankenkasse statt. Dieselbe verannahme 4526,17 M. und verausgabte 4391,40 M. Kassenbestand am 31. Dezember 1895: 2353,69 M. Die niedrigste Mitgliederzahl betrug 184, die höchste 211. — Die Versammlung faßte nach längerer Debatte den Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, behufs Einführung der freien Arztwahl in ausgedehntem Maße sich mit den Ärzten in Verbindung zu setzen und der demnächst stattfindenden Versammlung das Resultat vorzulegen. Dann soll auch über den voraussichtlich zu erhebenden Beitrag Beschluß gefaßt werden.

Frankfurt a. M. Am 29. Februar hielt der hiesige Bezirk seine jährliche Generalversammlung ab. Bei der Berichterstattung betonte der Vorsitzende, daß auch das abgelaufene Geschäftsjahr wiederum dem innern Ausbau der Gewerkschaft und der Agitation gewidmet war und infolgedessen sich nicht nur der Mitgliederbestand bedeutend gehoben habe, sondern auch die Mitglieder selber ein gesteigertes Interesse am Vereinsleben zeigten, was der im Durchschnitte gut zu nennende Besuch der Versammlungen sowie die mitunter recht lebhaften Debatten beweisen. Abgehalten wurden im vergangenen Jahr eine Hauptversammlung, zwölf Mitgliederversammlungen, fünf allgemeine Versammlungen und neun Vertrauensmännerversammlungen. Der Mitgliederstand hob sich von 285 Mitgliedern im Vorjahr auf 342 Mitglieder im gegenwärtigen. Von den im Vereine veranfaßten Festlichkeiten ist das mit den Bezirken Mainz, Darmstadt und Wiesbaden gemeinschaftlich in Mainz gefeierte Johannisfest besonders zu erwähnen; hierbei sei gleichzeitig dem Gesangsvereine Gutenbergs

welcher stets sein reichlich Teil zum guten Gelingen unserer Veranstaltungen beizug, beifolgend gedacht. — An Unterstützungen wurden verausgabt: 1. Für Konditionslos am Ort und auf der Reise 3113,60 M. gegen 4597,30 M. im Vorjahre. 2. An Invaliden einschl. Sterbegeld 5047 M. 3. An Arbeitsunfähige einschl. Verpflegungskosten und Sterbegeld 5662 M., eingekandt an die Hauptkasse 8394,65 M. Der Bestand der Bezirkskasse betrug 505,22 M. gegen 453,81 M. im Vorjahre. Die Festsetzung der Beiträge wurde bis nach Abhaltung des Goutages verschoben. Zur Besetzung der Vorstandsstellen wurden die Kollegen Dorisch als erster Vorsitzender, Kinkel als zweiter Vorsitzender, Neuf als Kassierer, Eckardt als Schriftführer und Wilhelm als Beisitzer zur Urabstimmung nominiert. Als Revisor erwählter wurde Kollege E. Linden, als Revisoren die Kollegen Schläge, Bester und Ost, für die Bibliothekskommission die Kollegen Perrino, C. Schultheis und Biffer, als Krankenkassierer die Kollegen Rödel, Frische, Hülle, Pehnen, Räger, Bothner, Bär, Glober, Grofche und Weidner neu resp. wiedergewählt.

Hagen. 11. März. Bei 3. Jahrgang haben am 7. d. M. infolge fortgesetzter Kündigung von Verbandsmitgliedern fast alle Seger und beide Raichmännlein gekündigt. Am Montag stellten jedoch infolge Beilegungen von selten Zuhängels die Kollegen sofort die Arbeit ein. Trotz zweimaliger Verhandlung war es nicht möglich, eine Einigung herbeizuführen, da Forderung Bedingungen stellte, auf die man nicht eingehen konnte.

S. Girschberg i. Sch. 9. März. Zwingende Gründe veranlassen uns, einmal die Druckerhältnisse des hiesigen Generalangelegers einer Betrachtung zu unterziehen. Herr Schmidt beschäftigt bei 7 bis 8 Gehilfen 5 Lehrlinge. An Löhnen zahlt derselbe 20, 17,50 und 15 M., bis in die jüngste Zeit sogar 12 M., für Ueberstunden 30 Pf., bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Seit einiger Zeit ist genannter Herr Mitglied des Prinzipalvereins und sucht infolgedessen seine Gehilfen zum Beitritt in die Unterstützungsliste desselben zu zwingen, ohne pflichtgemäß den Tarif zu bezahlen. Am 29. Februar richtete er nun in herrlichem Ton an seine Gehilfen die Aufforderung, der Kasse beizutreten, was die Mitglieder mit dem Hinweis auf die tarifwidrige Bezahlung ablehnten. Den sich Weigernden wurde darauf die Kündigung zu teil. In den beiden anderen Offizinen am Orte, dem Girschberger Tageblatt und dem Boten aus dem Riesengebirge, sind die Verhältnisse leidlich, lassen jedoch in sanitärer Beziehung manches zu wünschen übrig.

G. Grillenbeil. Oßpr. Auf eine in äußerst bescheidenen Form vorgebrachte Bitte der hier stehenden Gehilfen um Abstellung der in hiesiger Druckererei herrschenden trassen Mißstände wurde ihnen vom Chef der Firma eine derartig abstoßende und jeglichen Entgegenkommens entbehrende Antwort zu teil, daß die gemeinsame Kündigung beschlossen bzw. am vorigen Sonnabend ausgeführt wurde. Konditionsangebote von hier sind nur unter tarifmäßigen Bedingungen und gegen das Versprechen anzunehmen, daß die weitere Einstellung von Lehrlingen (es werden gegenwärtig 7 bei 3 Gehilfen gehalten) unterbleibt. (In einem Teile der Auflage wiederholt.)

R. Plegny. Am 8. März fand hier selbst die diesjährige Bezirksversammlung statt, welche von 44 Mitgliedern aus Plegny, 30 Mitgliedern aus Bunzlau, 7 Mitgliedern aus Haynau, 1 Mitglied aus Jauer und 1 Nichtmitglied besucht war. Der in derselben abgegebene Jahresbericht verzeichnet einen Mitgliederbestand von 83 gegen 88 am Ende des Vorjahres. Die Gesamteinnahme betrug 5612,50 M. Unterstützungen wurden gezahlt an 13 Mitglieder 65 Reisetage 58,35 M., Konditionslosenunterstützung nebst Gauaufschuß an 12 Mitglieder 246 Tage 366,65 M., Krankenunterstützung an 24 Mitglieder 344 Tage 503,30 M., Invalidenunterstützung an 2 Mitglieder 728 M., Reichtschuß für 2 Mitglieder 26,50 M., Obligatorium des Corr. 76 M., Verwaltungskosten und Porto 76,22 M., Summa der Ausgabe 2035,02 M., so daß 3577,48 M. an den Gauassessor eingekandt wurden. Krank waren 24 Mitglieder 344 Tage, konditionslos 28 Mitglieder 628 Tage. Die Lohnverhältnisse und Arbeitszeit sind dieselben geblieben wie im verflossenen Jahre. Plegny feierte im vorigen Jahre sein Johannisfest, da die meisten Kollegen an dem Provinzial-Johannisfest in Breslau teilnahmen. Der Fonds, aus welchem für arbeitsunfähige kranke Mitglieder die Wochenbeiträge zur Zentral-Invalidenkasse und Zentral-Krankenkasse gezahlt wurden und der laut Beschluß der am 28. Mai 1892 in Breslau abgehaltenen Generalversammlung des Gauassessor Schlägen über die Verwendung des nach dem Eintritte der früheren Schließlichen Gau-Krankenkasse in die Zentral-Krankenkasse dem Gau noch verbliebene Fonds betrug für den Bezirk Plegny 322,70 M. Dieser Bezirksfonds ist bis auf 13,64 M. herabgesunken; da nun die Beiträge zu obengenannten Kassen nicht mehr bezahlt werden, so wurde beschlossen, diesen Fonds prozentual zu verteilen und den Betrag den betreffenden Ortsklassen zur Unterstützung bedürftiger Kollegen zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, eine Abschrift des Protokolls über die Verhandlungen der jeweiligen Bezirkstage jeder größeren Mitgliedschaft im Bezirke behufs Einberleibung in deren Akten einzureichen, ferner eingehende Berichterstattung an das Verbandsorgan über die Verhandlungen des Bezirkstages. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung betraf die „Stellungnahme zur Leipziger Resolution betreffs Tarifänderung.“ Gauvorsitzer Schlag referierte eingehend über dieselbe und seine Ausführungen wurden mit vielem Beifalle be-

lohn. Es gelangte die an anderer Stelle bereits erwähnte Resolution einstimmig zur Annahme. Laut Beschluß findet dieses Jahr ein Bezirks-Johannisfest und zwar in Binzlau, die nächste Bezirksversammlung in Haynau statt. Nach einem kräftigen, aus vollem Herzen kommenden Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die Versammlung geschlossen. — Nachmittags von 4 Uhr ab fand gemüthliches Beisammensein mit Damen statt und allzu schnell verlossen die Stunden, denn das Dampfproß machte die auswärtigen Kollegen zur Abreise.

Bücher. Wegen Mahregelung eines Kollegen legten am Dienstagmorgen sämtliche fünf Gehilfen der Ködelschen Buchdruckerei Neue W. Z., das sozialistische Parteiorgan für den 11. Wahlkreis die Arbeit nieder. Es herrschten neben blühender Beibringungsucht (bei fünf Gehilfen drei Sezer- und zwei Druckerlehrlinge) verschiedene andere untrüglige Mißbilligungen wie unregelmäßige Lohnauszahlung, fortwährendes Drohen mit Hinausgeschleifen usw. Die Gehilfen versuchten vergeblich im Guten mit dem Besitzer auseinander zu kommen und so blieb nach der Mahregelung nichts anderes übrig als die Arbeit einzustellen und den Unternehmer, der nebenbei sozialdemokratischer Stadtverordneter ist, durch den Druck der öffentlichen Meinung zu zwingen, sich mit dem Tarife mehr auf guten Fuß zu stellen.

Kundschau.

Buchdrucker und Verwandtes.

Von der Neunstundenbewegung in Elsaß-Lothringen verläutet, daß in Straßburg einige größere Firmen, darunter diejenige von Gebr. Nidel, Verlag der Bürgerzeitung, sich bereit erklärten, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. Die Kollegen Kolmar machten die Straßburger Forderungen zu den ihrigen.

Vor dem Gewerbegerichte zu Halle a. S. klagte der Schriftsetzer v. Rhein gegen den Buchdruckereibesitzer Wisden auf Ausbändigung von 4,72 Mk. zu wenig gezahlten Lohnes, um welchen Betrag ihm seine Forderung für Klischees, die zu bezahlen W. brieflich verpflichtet sei, geführt wurde. Der Beklagte wandte ein, daß ein recht-mäßiger Tarif in Deutschland nicht mehr bestehe, weil die Gewerkschaft den von den Prinzipalen im Jahre 1893 vorgelegten nicht anerkannt habe. Auch suchte er dem Gewerbegerichte begründlich zu machen, daß die Klischees nicht gesetzt und demnach auch nicht bezahlt zu werden brauchten. Kläger führte dagegen aus, daß gerade, weil der Tarif von 1893 nicht anerkannt wurde, für die Prinzipalität doch der Tarif von 1890 noch in Gültigkeit sei, und dieser enthalte ja auch die Bestimmung, daß die Klischees dem Sezer gehören. Da beide streitenden Teile eine Prinzipienfrage daraus machten, schlug der Vorsitzende die Ladung von zwei Sachverständigen vor. Leider kam es nicht zum Austrage der interessanten Streitfrage, ob der 1893er Tarif offizielle Gültigkeit habe oder nicht, da W. es vorzog, dem Kläger schon vorher unter Abzug von 50 Pfg. den streitigen Betrag auszubändigen.

Die Schünemannsche Druckeret in Bremen wurde am 8. März von einem großen Feuer heimgesucht, doch erlief der Geschäftsbetrieb keine Störung.

In Fürth traten die Steinbrücker der Firma J. Heße in eine Lohnbewegung, da sie schlechter gestellt sind als ihre Berufsgenossen in den anderen Geschäften. Um die Gleichstellung herbeizuführen ist eine etwa dreißigprozentige Lohnhöhung erforderlich, auch fordern sie einen Mindestlohn von 18 Mk.

Die Lithographen der Firma Dike & Westhale in Warmen haben sich — ein Novum in heutiger Zeit — gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu wehren.

Verurteilt wurde der Redakteur der in Hannover erscheinenden Brauerzeitung zu 100 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung von elf Bräuern, die beim vorjährigen Streik im Münchener Brauhaus in Berlin sich schriftlich verpflichtet hatten, die Arbeit niederzulegen, sich aber nachträglich anders besannen. Der Redakteur des Sozialisten in Berlin und der Einsender eines Artikels in dieses Blatt zu je sechs Wochen Gefängnis wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gehebe bzw. Verleumdung von Schulgelehrten. Beantragt waren 10 bzw. 6 Monate. Die Brandenburger Zeitung hat 15 Mk. zu zahlen, weil sie die Anzeige von der Abhaltung eines Volksfestes aufnahm, das noch nicht polizeilich genehmigt war. Auch der Einsender dieses Inserates in zwei Luden-walder Zeitungen wurde in die gleiche Strafe genommen. Es wird den Zeitungen heutigestags mehr zugemutet als je zu erfüllen im Stande sind.

Aus einer Gerichtsverhandlung ergab sich, daß die Berliner Zeitung Die Post die Heizer sozialjungen systematisch betreibt. Sie legte einem Versammlungsredner Worte in den Mund, welche denselben nicht nur außer Arbeit, sondern ihm auch noch eine Verleumdungsklage seitens der Firma Siemens & Halske brachte, die so hoch angeschlagen wurde, daß sie die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ vertrat. Der betreffende Bericht-erhalter der Post sagte aus, daß die Redaktion häufig außer auf Rücksichten auf den Raum im Blatt auch rein aus tendenziösen Gründen Änderungen in objektiven abgefaßten Versammlungsberichten vornahm, dies werde auch im vorliegenden Falle gesehen sein. Unter solchen Umständen beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, die Kosten wurden aber nicht der Zeitung Post, wie das eigentlich rechtens gewesen, sondern der

Staatskasse aufgebürdet und der Angeklagte hat den Schaden davon.

Die Magdeb. Volkstimme hielt es für angebracht, zur Feier des Reichs-Jubiläums einige Schriften per Inserat zu empfehlen, die sich auf die Gründung des Deutschen Reiches beziehen, allerdings nicht in dem landläufigen Sinne. Dies wurde als grober Unfug bezeichnet und der Redakteur zu zwei Wochen Haft verurteilt. Der Gerichtshof war der Meinung, daß die fraglichen Schriften zu jeder andern Zeit standlos annonciert und verkauft werden könnten, daß aber ihre Empfehlung zum Reichsjubiläum eine grobe Demonstration sei, geeignet, bei „allen guten Deutschen“ Anstoß zu erregen und patriotische Gefühle zu verletzen.

Nachdem die antisemitische Volksrundschau in den sieben Monaten ihres Daseins angeblich gegen 600000 Mark verpulvert, hat sie die Existenz als selbständiges Blatt aufgegeben.

Das sogenannte Wieland-Haus in Weimar, in welchem der Dichter der Abriter länger als vierzig Jahre den Hauptteil seiner Dichtungen geschaffen, wird demnächst einem Spekulationsbau Platz machen.

Der fünfzehnjährige Schriftsetzlehrling Rob. Ray in Prag hat ein Mädchen, das in einem verrufenen Haus ihr Quartier aufgeschlagen, durch sieben Messerschläge getödtet.

In Graz starb, 83 Jahre alt, der unter dem Pseudonym Karl Gunttram bekannte Romanschriftsteller und Novellist Hofrat Kamillo Wagner v. Freyuhshelm.

Industrie und Gewerbe.

Eine von etwa 1800 Tischlermeistern besuchte Versammlung in Berlin beschloß eine Erhöhung der Preise ihrer Fabrikate um 10 bis 15 Proz. Als Grund für diese Mahregelung wurde angegeben, die Steigerung der Löhne und Materialienpreise und der (billig zu bezweifelnde) Ausfall durch die verkürzte Arbeitszeit. Ferner wurde den Gehilfen zur Pflicht gemacht, für Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung auch außerhalb, namentlich in den Vororten Berlins, zu sorgen.

In der Kohlengrube Kleophas bei Rattowig brach ein Feuer aus, das über 100 Bergleuten ihr Leben kostete. In der Beibringungsfrage scheint uns wie in vielen anderen Dingen (wir haben schon mitgeteilt, daß man auch dem Normalarbeitsstage, dem Mindestlohn und der Haftstrafe in Gewerbesachen nahe getreten ist) Rußland zuvorkommen zu wollen. Auf dem Moskauer Kongresse für technische Bildung erklärte die Sektion für das Beibringungswesen im Handwerk, unter den gegenwärtigen Verhältnissen fähen die Handwerksmeister mehr auf die Ausbeutung der Lehrlinge als auf eine Ausbildung in ihrem Fach (eine Tatsache, die wir schon seit Jahren behauptet haben und die heute überhaupt nicht mehr bestritten wird), daher sei die Einführung einer Handwerksinspektion, die über die Ausführung der Gehebe über das Handwerk in den Werkstätten zu machen hat, und von Lehrlingskommissionen, die über die gegenseitigen Beschwerden der Meister und Lehrlinge eine Entscheidung fällen, erforderlich. Die bestehenden Gehebe sollen durch die Bestimmung ergänzt werden, daß die Arbeit in Werkstätten mit Lehrlingen nicht mehr als zehn Stunden dauern darf, von welchen zwei Stunden für Frühstück- und Mittagessen-Pausen freigegeben werden müssen und daß von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens Lehrlinge überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Das Gehebe soll ferner bestimmen, daß schlechte Behandlung der Lehrlinge mit einer Geldstrafe von 10 bis 50 Rubeln bestraft wird, im Wiederholungsfall aber ein Verbot auf eine bestimmte Zeit und das dritte Mal ein Verbot für immer, Lehrlinge zu beschäftigen, nach sich ziehen soll.

Arbeiterbewegung.

Bei Gelegenheit des Streiks der Konfektionsarbeiter in Breslau hatte ein streikender Zwischenmeister und ein Geselle, unabhängig voneinander, fortarbeitende Schneidern einen Rede gesetzt und wurden dieserhalb wegen Verrufserklärung angeklagt. Das Schöffengericht erklärte, daß es nicht seine Aufgabe sei zu entscheiden, ob der Streik berechtigt oder nicht berechtigt war, konstatierte aber, daß die Sympathien des Publikums und der Presse entschieden auf Seite der Streikenden gewesen und anzunehmen sei, daß die Angeklagten begründete Ursache hatten, gegen solche Personen entriistet zu sein, welche den Erfolg des Streiks in Frage stellten. Aus diesem Grunde wurde nur auf einen bezw. drei Tage Gefängnis erkannt, auf Gefängnisstrafe deshalb, weil für solche Fälle Geldstrafe gesetzlich nicht zulässig.

Recht gesammelt soll in Bayern für die streikenden Konfektionsarbeiter werden. Dies leidet das Ministerium nicht und lehnte daher das betreffende Gesuch der Würzburger Gewerkschaften ab. Die Bewilligung zu Geld-sammungen zur Förderung der Fortsetzung eines Streiks erfolge grundsätzlich nicht. Die bayerischen Gewerkschaften werden danach nicht sammeln, die bedrängten Arbeiter-kameraden aber „ohne Sammlung“ unterstützen.

Der Streik der Holzarbeiter in Berlin wurde formell für beendet erklärt, aussteigen noch etwa 150 Mann in etwa 30 Werkstätten, die mit 18 Mk. für verheiratete und 15 Mk. für ledige unterstützt werden. Die Möbel-pollerer streiken noch in 32 Werkstätten. Neuerdings sind die Stellmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Streik der Zimmerer nimmt ab, es haben zehn weitere Firmen bewilligt. Beendigt ist ferner der Streik der im Schnitt- und Stangenbau beschäftigten Arbeiter, welche die neunstündige Arbeitszeit bei dem bisserigen Lohn erzielten, ferner wurde ein Generalfreik der Stein-

arbeiter durch Nachgiebigkeit der Unternehmer verhindert. In Pforzheim verhandelten die Schneider seit längerer Zeit mit den Unternehmern befußs Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber erst nachdem der Streik vor der Thür stand kam eine Einigung zu stande: Einführung von Werkstätten, einheitlicher Mindestlohn-tarif, 10 bis 30 Proz. Lohnerhöhung. Der Streik der Steinarbeiter in Alt-Wartau endete zu Gunsten der Arbeiter. In Hildesheim haben 20 Malermeister mit 67 Gehilfen den neuen Lohnarif bewilligt, 23 mit 17 Gehilfen stehen noch aus. In Würzburg wurden die Forderungen der Arbeiter einer Möbel-fabrik ohne Streik bewilligt, die der Steinmeger nach kurzem Streik. — Die Ladrer in Berlin verlangen neunstündige Arbeits-zeit (Sonnenabends acht Stunden), 24 Mk. Mindestlohn für männliche und 15 Mk. für weibliche Arbeiter, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, Anerkennung des Arbeits-nachweises. Die Zimmerer streikten noch in 53 Bau-geschäften, 336 Unternehmer haben die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. In einer Maschinenfabrik für Mühlenbau streikten die Tischler, weil die Forderungen dort nicht bewilligt sind, ferner die Arbeiter einer me-danischen Schuhfabrik. In Eiberfeld-Barmen streikten gegen 400 Anstreicher und Maler, in Brandenburg die Schuhmacher einer Stützschuhfabrik, in Diemitz die Arbeiter einer Nägelfabrik, in Rottwell 16 Arbeiter einer Kupfer-schmiede und Gießerei, in Eupen die Arbeiter der mechanischen Weberei einer Tuchfabrik, welche den vereinbarten Lohnarif nicht einhält, in Bünde die Maurer, Zimmerer und Bautischler, in Dresden die Maler der Webertischen Werkstat. In Nürnberg stellten sämtliche Werkstätten-Stukkature und Gipsbildhauer die Arbeit ein. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit. In Hemelingen wurde unter gleichzeitiger Kündigung fast sämtlicher Tabakarbeiter diesen ein Revens vorgelegt, der von ihnen den Austritt aus dem U. S. D. Tabakarbeiter verlangt. Die Antwort war die sofortige Niederlegung der Arbeit. In Wülheim a. Rh. streikten die Arbeiter der Weizens- und Luchweberei Rommel, Weiß & Co. In Hildesheim traten die Schuhmacher in eine Lohnbewegung ein. — In Pärin bei Koblenz mutete man den Arbeitern der dortigen Tongruben eine Kürzung von 2 Mark pro Wagen und monatliche statt vierzehntägige Auszahlung zu, infolgedessen ließen Mann für Mann die Karren stehen. In Hannover streikten die Böttcher der Bierfabrik. In Bremen wollten es die Zigarren-fabrikanten mit einer Ausperrung versuchen, um die 200 streikenden Arbeiter der Firma Klevenhufen zu Paaren zu treiben. Es gibt dort 193 Tabak- und Zigarren-fabrikanten mit 201 Geschäftsinhabern, 181 kaufmännischen Gehilfen, 1893 Arbeitern und 226 Hilfsarbeitern. In letzter Stunde kam es zu einer Einigung.

Geschieden.

In Leipzig am 5. März der Sezer Emil Teubert, 27 Jahre alt.

Briefkasten.

St. in Breslau: 1 Mark. — D. R. 001: 3 Mark. — H. J. in Hamburg: Der Betrag ist immer noch nicht eingegangen. — W. in L.: 3,15 Mk. Betrag vorerst ein-senden. Nummern vergriffen. — A. in Freising: Auf der Post restlos. — P. in Darmstadt: 1 Mk. — G. in Charlottenburg: 3,05 Mk. — Belg. Voelldruckers-bond: Tausch unzuwändig, bitten bei der Post zu be-stellen. — H. in Stuttgart: Einfindung noch nicht er-folgt. — B. in Düsseldorf: Ist leider nicht verpflichtet.

Die ungemein zahlreichen Ersuchen, sofort von dem Ausgange der Wittwoch-Berhandlungen tele-graphisch Nachricht zu geben, konnten einesstels im all-gemeinen nicht erfüllt werden, weil die Verhandlungen bis in die Nacht hinein dauerten und sodann das Er-gebnis nicht in einigen Worten mittelbar war.

Verbandsnachrichten.

Gau Frankfurt-Offen. Die zehnte Gauversamm-lung findet am ersten und zweiten Ostertage (5. und 6. April) in Frankfurt a. M. im Restaurant Lindenfels statt. Die Tagesordnung folgt in nächster Nummer.

Bezirk Posen. Die diesjährige erste Bezirksver-sammlung findet Sonntag den 19. April in Grafen-hainichen statt. Näheres auf dem jedem Mitgliede zu-gehenden Zirkulare. — Die Ortsvorstände resp. Ver-trauensleute werden gebeten, umgehend ihre Jahres-berichte einzusenden. — G. Gehre, Dessau, Amalien-strasse 95, I.

Bezirk Münster. Der Bezirks- bzw. Ortsvorstand besteht aus folgenden Kollegen: H. Wepel, Vorsitzender, Kreuzgasse 4; H. Reiter, Bezirkskassierer, Hermann-strasse 35; B. Beder, Schriftführer; R. Brieger, Orts-kassierer; G. Wedekker und G. Niefeld, Beisitzer; R. Steinbach und E. Bartich, Revisoren.

Niederelben. Bei Konditionsannahmen nach hier ist tarifmäßige Bezahlung und -Arbeitszeit Bedingung. **Lüdenscheid.** Zugzug fernhalten.

Paffau. Die am 7. März abgehaltene Generalver-sammlung wählte Martin Haaf als Vertrauensmann, Hans Hartl als Kassierer und Jos. Baumann als Schriftführer.

Burgen. Bei Konditionsangeboten nach hier sind vorher beim Vertrauensmanne, Kollegen Gustav Holz, Logauerstraße, Erkundigungen einzuziehen.

